

PRESSEMITTEILUNG

EU-Haushalt

Ackerland verliert an Boden

Rund 142 Milliarden Euro verteilt die EU über ihren Haushalt an ihre Mitglieder – und das jedes Jahr. Dabei verhält sich die Union gegenüber schwächeren Mitgliedern besonders solidarisch, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer Studie zeigt: Der wirtschaftliche und soziale Aufbau schwacher Regionen wird immer wichtiger, die Agrarpolitik verliert dagegen langfristig an Bedeutung.

Mit über 17 Milliarden Euro war Deutschland auch 2014 größter Nettozahler der EU. Auf Platz zwei folgte mit großem Abstand Frankreich mit rund 7,5 Milliarden Euro. Nur knapp dahinter lagen Großbritannien (7 Milliarden) und die Niederlande (6,3 Milliarden). Gemessen am Bruttonationaleinkommen – also der Summe aller Einkommen, die Inländern pro Jahr zufließen – waren allerdings die Niederländer mit einem Anteil von 0,96 Prozent der größte Einzahler. Insgesamt stehen den zehn Nettozahlern 18 Staaten gegenüber, die mehr Geld aus Brüssel bekommen, als sie überweisen.

Vor allem die östlichen Staaten profitieren von der Umverteilung, zeigt die IW-Studie. So bekam Polen 2014 rund 13,5 Milliarden Euro mehr von der EU zurück, als das Land nach Brüssel überwiesen hatte, Ungarn erhielt 5,6 Milliarden Euro und Rumänien 4,5 Milliarden Euro. In den baltischen Staaten machen die Überweisungen der EU bis zu elf Prozent des jährlichen Staatshaushaltes aus. „Hier zeigt sich die solidarische Stärke der Union, die ärmere Mitglieder in ihrer Entwicklung entscheidend unterstützt“, sagt IW-Ökonom Berthold Busch.

Heute machen diese „Kohäsionszahlungen“ bereits 38 Prozent des EU-Haushalts aus und liegen damit fast auf dem Niveau der Agrar-Subventionen. Diese sind mittlerweile von 55,3 Prozent im Jahre 1995 auf nunmehr 39,7 Prozent gesunken. „Ziel ist es, den Abstand zwischen den wohlhabenden und ärmeren Regionen zu verringern“, erklärt Busch. Von dieser Dynamik profitieren langfristig auch die reicheren Staaten in Europa. „Eine wirtschaftliche Annäherung sorgt für soziale Stabilität. Zudem ergeben sich für die Wirtschaft in ganz Europa neue Absatzmöglichkeiten.“

Berthold Busch: Finanzielle Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Eine Bestandsaufnahme; IW Report 21/2016

Ansprechpartner im IW: **Berthold Busch, 0221 4981-762**